

Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung und sozialem Elend. Die wenigsten von ihnen gelangen ins kapitalistische Zentrum EU-Europa. Dennoch ist die Zahl der Geflüchteten hier in den letzten beiden Jahren stark angestiegen. Der Leidensdruck durch die von EU-Europa mitverantworteten Kriege ist so stark geworden, dass sich immer mehr Menschen auf diesen lebensgefährlichen Weg machen und machen.

Mit Hilfe des Staats gelang es dem deutschen Kapital, die Folgen der Weltwirtschaftskrise größtenteils in den seit dem Kolonialismus ausgebeuteten Trikont* und an die europäische Peripherie zu verlagern. Damit konnten die Herrschenden verhindern, dass die Lohnabhängigen ihre Aggressionen gegen Staat und Kapital richteten.

Die Konkurrenz der kapitalistischen Zentren untereinander findet ihren Ausdruck auch in den imperialistischen Kriegen in der kapitalistischen Peripherie. Diese Zentren verstärken im Kampf um Ressourcen wie dem Öl die soziale Ungleichheit im Weltniveau immer mehr.

Bei der Jagd des Kapitals nach Rohstoffen und geostrategischen Vorteilen spielt das Leben der Menschen in den umkämpften Regionen keine Rolle. Die Entwertung von Menschen und Menschengruppen ist Teil des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

Statt nur seine Symptome wie Rassismus und soziales Elend zu bekämpfen, müssen wir für die Abschaffung des kapitalistischen Ausbeutungssystems kämpfen.

Die gewachsene Zahl der Geflüchteten ist nicht die Ursache für die Rechtsentwicklung in EU-Europa. Es ist das kapitalistische Weltsystem mit seiner Ausbeutung und seinen Kriegen, das hier viele Menschen anschlussfähig für rechte Ideologien macht und anderswo die Menschen die Flucht ergreifen lässt.

Die Geflüchteten treffen in Deutschland auf eine lange vorbereitete Situation von sozialer Kälte und Rücksichtslosigkeit. Diese Gemengelage enthemmt Teile der Mittelschicht weiter. Aus ihren Kreisen entstanden Mahnwachen, Querfronten, Pegidas, AfD und neuer Zulauf zu faschistischen Organisationen.

Die Geflüchteten kommen nach Europa. Mit ihnen kommt den deutschen Bürger*innen das ausgelagerte und verdrängte Elend hautnah. Sie ahnen, dass ihr relativer Wohlstand etwas mit der Armut und der Vertreibung der Geflüchteten zu tun hat und fühlen sich bedroht. Die untere und mittlere Mittelschicht fürchtet sich vor dem sozialen Abstieg. Für die Abschottung gegen die weltweiten Opfer des Kapitalismus schaffen die europäischen Regierungen das Menschenrecht auf Asyl ab. Dies wiederum kann ein Türöffner für eine weitere Demontage demokratischer und sozialer Menschenrechte sein.

Die Vertiefung der sozialen Spaltung ist eine Folge der Profitmaximierung in den kapitalistischen Zentren, die in Deutschland insbesondere von der SPD-Grünen Bundesregierung (1998 bis 2005) vorangetrieben wurde. Ihre Agenda 2010 war ein Programm des sozialen Terrors. Sie strichen Steuern für Reiche und Konzerne, schufen die Hartz-Gesetze, ließen Niedriglöhne zu, entfesselten die Leiharbeit, erlaubten Werkverträge für Lohnarbeitende und zerstörten die sozialen Sicherungssysteme.

Um diese Vorteile des nationalen Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf nach innen abzusichern, verketteten SPD und Grüne die sozialen Grausamkeiten mit nationaler Ideologie. Sie propagierten den »gemeinsamen Einsatz« von Lohnarbeiter*innen und Kapital für den nationalen Standort und förderten die Entsolidarisierung der Lohnabhängigen.

Für die Lohnabhängigen bedeutete der soziale Terror: »im Standortinteresse« zu verzichten, »den Gürtel enger schnallen« zu müssen und sich per Ellenbogen Vorteile zu sichern, statt gemeinsam und solidarisch gegen die Ausbeutung durch das Kapital zu kämpfen. Das den Lohnabhängigen in der Lohnarbeit antrainierte autoritäre und konkurrenztüchtige Denken macht es leichter, sie gegeneinander zu hetzen. Dieser Prozess der Entsolidarisierung zerüttete die letzten Reste des Klassenbewusstseins.

Die Orientierung auf das Wohl des deutschen Standorts war die Vorbereitung auf völkisches Denken. Gestützt auf die politische und ökonomische Stärke des Standorts im internationalen Konkurrenzkampf entstand ein neues Nationalbewusstsein.

Getrieben von der gnadenlosen kapitalistischen Konkurrenz entwickelten sich



* die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika

die **Produktivkräfte** (hier: Technologie, Wissenschaft, Maschinen und Werkzeuge) in den kapitalistischen Zentren immer schneller. Nach der Automation halfen Mikroelektronik und die elektronische Datenverarbeitung dem Kapital, die Lohnabhängigen im Produktionsprozess zu vereinzeln und um die Erfahrung gemeinsamer Kämpfe zu bringen. Die Facharbeiter*innenschaft in den Fabriken zerfiel.

Bei der weiteren Zerstörung des Klassenbewusstseins halfen und helfen bestimmte von **Staat und Kapital betriebene Integrationsmechanismen**. Konsum wurde zum Ersatz wirklicher Freiheit. Und wo das immer noch nicht ausreicht, wird die Systemintegration durch vielfältige, subtile und offene Formen der **Repression** erzwungen.

Entsolidarisierte, auf den eigenen Vorteil gedrückte Menschen sind anfälliger dafür, sich bedroht zu fühlen, wenn »Fremde« ins Land kommen. Weil ihr **Bewusstsein deformiert** ist, erkennen sie nicht, dass die Geflüchteten

Warum die Ökologische Linke das Revolutionäre 1. Mai-Bündnis (Berlin) verlassen hat

Am 6.4.2016 sind plötzlich mehrere antizionistisch-antisemitische Organisationen wie der BDS und F.O.R. Palestine ins Bündnis aufgenommen worden. Diese Organisationen haben ausdrücklich die Zerstörung und Abschaffung Israels zum Programm. Wir haben am 13.4. und am 20.4. im Bündnis Anträge gestellt, um diese Aufnahmen rückgängig zu machen und antisemitische Positionen wie »Israel verübt einen Genozid an Palästinensern« aus der Demo herauszuhalten. Wir, die Ökologische Linke (bundesweit und Berlin) und ÖkoLinX-Antirassistische Liste, waren mit 4 Menschen vertreten. Unsere Anträge wurden von allen anderen Mitgliedern abgelehnt (etwa 33 Personen von insgesamt 19 Organisationen). Drei Organisationen haben sich ganz (IL, RLB) oder teilweise (ALJ) enthalten. Die RLB hatte zuvor erklärt, dass sie unsere 4 Anträge vollständig ablehnt und nicht abstimmen wollte. Wir sind ausgetreten.

Wir haben begründet, warum wir diese Organisationen als antizionistisch-antisemitische einschätzen. Ihr könnt dies in unserem Flyer zum Thema nachlesen. Wir verteilen ihn auf dieser Demo. Falls ihr ihn hier nicht bekommt, findet ihr ihn auf unserer Website (www.oekologische-linke.de). ■

ausgebeutet werden wie sie selbst, und wenn sie es erkennen, interessiert es sie meist nicht. Geflüchtete sollten aber als Menschen und von klassenbewussten Lohnarbeiter*innen als **Angehörige der gemeinsamen Klasse** erkannt werden.

Das deutsche Kapital gehört weltweit zu den Gewinnern in der **innerimperialistischen Konkurrenz**. Der Mehrheit der Gesellschaft war es gleichgültig, dass die Exportmacht des deutschen Kapitals auf den Knochen anderer Menschen in Europa wuchs.

Die Zerschlagung des Klassenbewusstseins verbreiterte die Einfallstore für **Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und für völkische Querfronten**.

Klassenbewusstsein durch die **Ideologie der Volksgemeinschaft** zu ersetzen, zielt darauf ab, Vorteile für diejenigen, die zum **»eigenen Volk«** gehören, auf Kosten der **»Anderen«** und **Ausgegrenzten** durchzusetzen. Die vermeintliche Zugehörigkeit zum **»Volk«** ersetzt im Bewusstsein vieler die reale Zugehörigkeit zur ausgebeuteten Klasse. Vor lauter **irrationaler Angst** vor den noch stärker von der Ausbeutung Betroffenen aus anderen Ländern sehen sie die wirklichen – gemeinsamen – Feinde, **das Kapital und seinen Staat**, nicht mehr.

Das so zugerichtete Bewusstsein wird offen für **Querfrontstrategien**. Querfrontstrategie meint den Versuch von deutschnationalen, rechtspopulistischen und faschistischen Kreisen, in linken, alternativen und linksbürgerlichen Kreisen zu rekrutieren. Dabei helfen ihnen nationale Linke, wie die Querfrontfraktion in der Linkspartei. Die **Querfront nationaler Linker mit rechten Ideolog*innen** knüpft an das verstellte Bewusstsein der Lohnabhängigen an und bedient es, indem sie den Bezug zur Klasse und das Potenzial für politisches Bewusstsein durch völkisches Denken ersetzt. In manchen Strömungen spielt auch die Prägung durch den Stalinismus eine Rolle. Er führte dazu, dass in Teilen der Arbeiter*innenbewegung die internationalistische Orientierung zu Gunsten des Kampfes um »den Sozialismus in einem Land« aufgegeben wurde.

Die AfD muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Ihre menschenverachtenden Positionen sind nicht diskutierbar. Wir müssen verhindern,

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/599270

www.oekologische-linke.de

E-Mail: info@oekolinx-arl.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN:
DE67 5005 0201 0200 5006 51
BIC: HELADEF1822

dass rechtspopulistische und faschistische Bewegungen Straßen und Plätze erobern.

Um die Unmenschlichkeit und den rechten Vormarsch, in welcher Form und Maske er uns auch begegnet, zu stoppen, müssen wir für **soziale Gleichheit als Basis wirklicher Freiheit** und damit für die Abschaffung des Kapitalismus kämpfen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte bietet die Möglichkeit den Kapitalismus zu beenden und Lohnarbeit, Waren und Geld abzuschaffen. Wir wollen eine Gesellschaft die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zu Konkurrenz, Egoismus und Konsumismus. In einer solchen Gesellschaft wäre die Produktion so vollständig verändert wie die Produkte und damit unsere Lebensweise. Die gesellschaftliche Entwicklung sowie die Entfaltung der Produktivkräfte und ihre technologischen Voraussetzungen würden die freie Versorgung der Menschen ermöglichen und ihre individuellen Bedürfnisse mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten (z. B. Naturerhaltung) vermitteln. **Die vom Zwang befreite Arbeit verlöre ihre scharfe Trennung zur freien Zeit, für die unter den heutigen Bedingungen wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss.**

Stellungnahme des **BundessprecherInnenrates (BSR) der Ökologischen Linken**
Ende April 2016